

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zu den bevorstehenden G8 und NATO-Gipfeln, die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der EU-geführten Operation ATALANTA und die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR).

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Regierungserklärung der Bundeskanzlerin](#)
2. [Einsatz der Bundeswehr im Zuge der Operation ATALANTA](#)
3. [Deutsche Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo](#)
4. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)



GEWALT-PENDEL



1. Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Am Donnerstag erfolgte die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin im Vorfeld der anstehenden G8 und NATO-Gipfel in der kommenden Woche. Die Bundeskanzlerin bekräftigte, sich auf dem G8 Gipfel nachdrücklich für die notwendige Haushaltskonsolidierung einzusetzen, die Voraussetzung für ein stabiles Wachstum ist. Zielgerichtete Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung seien gerade angesichts der aktuellen Situation von zentraler Bedeutung. Die Bundeskanzlerin zeigte sich entschlossen, trotz der schwierigen Lage in Griechenland und anderen Euro-Ländern nicht vom Sparkurs in Europa abzurücken. Die beiden Säulen zur Krisenbewältigung in Europa seien Schuldenabbau und Wachstum. Dieses Wachstum müsse durch Strukturreformen erreicht werden. Im Mittelpunkt des anstehenden G-8 Treffens stehe die Entwicklung der Weltwirtschaft, insbesondere die Situation im Euro-Raum. Die Bundeskanzlerin wolle im Rahmen der G8 zudem auf stärkere internationale Anstrengungen für den Klimaschutz dringen. Um den Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, müsse deutlich mehr getan werden als bisher. Die Bundesregierung werde auch weiter auf ein neues und verbindliches UN-Klimaschutzabkommen pochen. Der Gipfel findet am 18. und 19. Mai im amerikanischen Camp David statt.

Angesichts des anstehenden NATO-Gipfels, der am 20. und 21. Mai in Chicago stattfinden wird, bilanzierte die Bundeskanzlerin das Engagement Deutschlands und seiner Partner in Afghanistan. Sie bekräftigte erneut den Plan für einen gemeinsamen Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan bis Ende 2014. Die Zahl der afghanischen Sicherheitskräfte werde noch in diesem Jahr auf 352.000 Soldaten und Polizisten anwachsen. Der Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung von der NATO an Afghanistan bis Ende 2014 komme voran. Rund die Hälfte der afghanischen Bevölkerung lebe schon in Gebieten, die unter afghanischer Führung stehen. Die Rolle der internationalen Schutztruppe ISAF wandle sich immer mehr von der Operationsführung hin zur Unterstützung. Einen besonderen Dank sprach die Bundeskanzlerin allen Soldaten, Polizisten und zivilen Helfern aus. Unter schwierigsten Umständen, oftmals auch unter persönlichen Gefahren, leisteten diese einen wertvollen Beitrag für die Stabilisierung und Entwicklung des Landes.

2. Einsatz der Bundeswehr im Zuge der Operation ATALANTA

In dieser Woche fand im Plenum die Abstimmung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias statt. Damit sollen die seit Dezember 2008 an der ostafrikanischen Küste operierenden internationalen Marineverbände in die Lage versetzt werden, durch Einbeziehung des Küstenstreifens effektiver gegen die Piraten vorzugehen. Dies ist notwendig, um den Personen- und Handelsverkehr auf wichtigen internationalen Routen zu sichern. Die Opposition hat dem Antrag nicht zugestimmt, sondern will die Piraten an ihren Küstenstützpunkten weiter gewähren lassen.



Damit verweigert sie sich nicht nur einem vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierten Einsatz, sondern stellt sich auch außerhalb des europäischen Konsenses. Bis zu 1.400 Soldaten der Bundeswehr können für die Operation ATALANTA eingesetzt werden. Aktuell sind ca. 340 Deutsche dort im Einsatz, die unseren Dank und Respekt verdient haben.

3. Deutsche Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo

Ebenso debattierten wir in dieser Woche die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR). Hierdurch soll auch künftig die fragile Lage im Kosovo abgesichert werden. Seit dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan befindet sich das Engagement der deutschen Streitkräfte in dieser ehemaligen Provinz der Bundesrepublik Jugoslawiens nicht mehr im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Dennoch ist der Einsatz internationaler Truppen in dieser historisch unruhigen Region nach wie vor wichtige Voraussetzung für ein Zusammenleben der einzelnen Volksgruppen. Es wurde beschlossen, die vereinbarte Personalobergrenze von bislang 1.850 deutschen Soldaten beizubehalten, um auf Zuspitzungen der Lage flexibel reagieren zu können. Derzeit befinden sich etwa 800 Soldaten im Kosovo. Unruhen, wie sie zuletzt Ende März dieses Jahres unerfreulicherweise auftraten, machen die Beibehaltung der Personalobergrenze zwingend erforderlich. Deutschland muss ebenso wie seine Partner auf entsprechende Entwicklungen der Sicherheitslage vor Ort rasch und effektiv reagieren können. Nicht zuletzt Dank des Spielraums, den uns diese Obergrenze einräumt, konnte den Märzunruhen mit einer Erhöhung des Kontingents auf ca. 1.600 deutsche Soldaten begegnet werden.

4. Relevantes für Mannheim und die Region

Terminplan für die zweite Ausbaustufe der S-Bahn RheinNeckar verschoben

Die 2. Ausbaustufe der S-Bahn Rhein-Neckar kann nicht wie geplant bis Ende 2015 abgeschlossen werden. Dies teilte mir der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn für das Land Baden-Württemberg, Eckart Fricke, auf meine Nachfrage hin mit.

Durch die stufenweisen Infrastrukturmaßnahmen auf fünf Strecken sollen alle Linien mit den neuen Triebzügen befahren werden können, die eine geringere Einstiegshöhe vorweisen. Herr Fricke informierte mich, dass laut den nun vorliegenden Plänen die Strecken Mainz – Ludwigshafen (Rhein) – Mannheim - Friedrichsfeld sowie Mannheim – Friedrichshafen – Darmstadt bis Ende 2015 fertiggestellt würden. Die Strecke Mannheim – Karlsruhe solle bis Ende 2016, die Strecken Mannheim – Biblis und Heidelberg – Bruchsal bis Ende 2017 fertiggestellt sein.

An den bis 2015 abschließend auszubauenden Linien würden auch noch danach Infrastrukturmaßnahmen an 20 Stationen fällig, von denen acht keine Auswirkungen auf den Verkehrsbetrieb hätten. Während der restlichen Bauarbeiten werde es hingegen zu Einschränkungen, insbesondere im Nahverkehr, kommen.

Ich bedauere die deutliche Terminverschiebung. Eigentlich hatten wir mit einer früheren Fertigstellung der Arbeiten gerechnet. Ich hoffe nun, dass zumindest dieser Zeitplan eingehalten werden kann und der Verkehr so wenig wie möglich in Mitleidenschaft gezogen wird.

Deutscher Alterspreis 2012

An dieser Stelle möchte ich auf den Deutschen Alterspreis 2012 der Robert Bosch Stiftung aufmerksam machen. Motto des Wettbewerbs ist „Ideen im Alter. Ideen fürs Alter“. Schirmherrin des mit 120.000 Euro dotierten Wettbewerbs ist die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Kristina Schröder MdB.

Der Preis ehrt Unternehmen und Kommunen, die ältere Menschen zu einem Engagement in der Gesellschaft oder im Gemeinwesen einladen. Bewerben können sich neben Unternehmen, Kommunen und anderen Gruppen auch Einzelpersonen. Dieser Wettbewerb wird erstmals ausgerufen und durch das Bundesfamilienministerium in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der Otto und Edith Mühlischlegel Stiftung gefördert. Ziel ist es, die besten Projektideen im Alter sowie fürs Alter zu prämiieren und somit älteren Menschen ein „Mitmischen und Mitmachen“ zu ermöglichen.

Informationen über den bundesweiten Deutschen Alterspreis 2012 sind auf der Internetseite www.alterspreis.de abrufbar.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de